



Ausschuss für Europa und Internationales

3. Sitzung (öffentlich)

28. November 2017

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:00 Uhr bis 16:35 Uhr

Vorsitz: Dietmar Brockes (FDP)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte:

Zur Tagesordnung	3
1. Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018)	4
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/800	
2. Die Europa- und Internationale Politik des Landes NRW in der 17. Wahlperiode	10
Vorlage 17/194	
3. Wozu bedarf es in Nordrhein-Westfalen eines „Brexit-Beauftragten“?	18
Vorlage 17/318	

* * *

1. **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/800

Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBEI) führt ein:

Sie haben den schriftlichen Bericht zum Haushaltsentwurf 2018 erhalten. Er beleuchtet im Detail die beiden Ergebnis- und Transferhaushalte Europa/Ruhr-Konferenz und Internationale Angelegenheiten und Eine Welt sowie den Ergebnishaushalt Vertretung des Landes bei der Europäischen Union.

Die Zielsetzung der Landesregierung ist – und das spiegeln die Ansätze wider –, Nordrhein-Westfalen zu einer treibenden Kraft in der Europapolitik zu machen und die internationale Arbeit des Landes zu stärken. Daneben führen wir 2018 mit der Ruhr-Konferenz ein neues Element ein; der Ministerpräsident hat dies in seiner Regierungserklärung bereits angekündigt.

Sie sehen im Entwurf für den Haushaltsplan 2018, dass die Ansätze für die Bereiche Europa, Internationale Angelegenheiten und Eine Welt sowie für die Landesvertretung Brüssel im Wesentlichen überrollt wurden. Dies ist unser Beitrag zu einem Gesamthaushaltsentwurf, den Minister Lienenkämper hier in den Landtag eingebracht hat – der erste Landeshaushalt seit 1973, der ohne neue Kredite auskommt.

Unterschiede zum Vorjahr ergeben sich durch die Ruhr-Konferenz. Für die Koordination der Aktivitäten und für die operative Durchführung der Konferenz sind insgesamt 310.000 € neu im Jahr 2018 vorgesehen. Wir legen die Ruhr-Konferenz als offenen Prozess an. Er soll entscheidende Impulse für die Entwicklung der Region bis 2030 geben. Bund, Land, Europa und die Kommunen, aber auch Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur sollen gemeinsam ihre Ideen einbringen, um die enormen Potenziale des Ruhrgebietes freizulegen, zu entwickeln und zu nutzen.

Wie Sie wissen, wird Nordrhein-Westfalen am 1. Juli 2018 turnusgemäß für ein Jahr den Vorsitz der Europaministerkonferenz der Länder übernehmen. Für diese Aufgabe haben wir zusätzliche Mittel in Höhe von 105.000 € in Titel 526 63 vorgesehen, mit denen wir unter anderem die Geschäftsstelle der EMK finanzieren. Weitere 120.700 € kommen durch Umschichtung aus Titel 427 63 hinzu. Als größte Region in der EU werden wir die Zeit des Vorsitzes nutzen, um in besonderer Weise europapolitische Impulse zu setzen. Wir werden im Kreis der Länder sowie gegenüber dem Bund und der Europäischen Kommission als Initiator, Antreiber und Mitgestalter auftreten.

Neben den bilateralen Beziehungen zu unseren direkten Grenznachbarn spielt die Beneluxkooperation eine ganz besondere Rolle. Nordrhein-Westfalen bildet heute gemeinsam mit der Beneluxunion einen Lebens-, Wirtschafts- und Arbeitsraum. Wir sind nicht nur Nachbarn in Europa, sondern gute Freunde. Wir sind stark aufeinander angewiesen, nicht allein aus wirtschaftlichen Gründen – denken Sie an die grenzüberschreitende Kriminalitätsbekämpfung.

Am 9. Dezember 2008 unterzeichneten die damaligen Regierungschefs Belgiens, der Niederlande und Luxemburgs gemeinsam mit Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Rüttgers eine gemeinsame politische Erklärung über die Entwicklung einer engeren Kooperation. Hintergrund hierfür war der neue Beneluxvertrag, der ausdrücklich neue Perspektiven der regionalen und europäischen Zusammenarbeit zwischen der Beneluxunion und verschiedenen angrenzenden Staaten, Teilstaaten und Regionen schuf. Wir sind sehr stolz auf diese enge und lebendige Partnerschaft; sie ist in dieser strukturellen Form einzigartig.

Im Laufe der Jahre hat sich die Zusammenarbeit ausgedehnt, sie umfasst inzwischen die Bereiche Arbeitsmarkt, Transport und Verkehr, Binnenmarkt, Polizei und Justiz, Katastrophenschutz und Krisenbekämpfung sowie die Bekämpfung von Steuerbetrug. Diese Zusammenarbeit werden wir weiter ausbauen und vorhandene Potenziale noch besser ausschöpfen, damit Bürgerinnen und Bürger unmittelbar profitieren. Gemeinsam mit unseren Partnern der Beneluxunion werden wir das zehnjährige Bestehen in einem angemessenen Format begehen.

Nordrhein-Westfalen ist ein Land in der Mitte Europas mit internationaler Ausrichtung. Zum einen hat Einwanderung seit Jahrhunderten unsere Gesellschaft bereichert. Zum anderen kennen Sie alle die Zahlen: Nordrhein-Westfalen für sich genommen läge auf Platz 19 aller Volkswirtschaften der Welt, mit allen Verflechtungen, die das mit sich bringt. Eine weltoffene Einstellung ist für ein exportorientiertes Land wie dem unseren geradezu zwingend, denn darauf beruht unser Wohlstand. Die Landesregierung hat sich deshalb zum Ziel gesetzt, die internationale Zusammenarbeit unseres Landes zu intensivieren.

Schwerpunkt unseres Engagements in Afrika ist die sehr erfolgreiche Partnerschaft mit Ghana. Die Zivilgesellschaft war und ist einer der wichtigsten Anker der Partnerschaft. Deshalb wird die Landesregierung dieses Engagement weiter unterstützen und auch die Kooperation mit der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit fortsetzen.

Wir werden besonders daran arbeiten, die Partnerschaft mit Ghana im Verwaltungsbereich auszubauen. Über einen Verwaltungsaustausch werden wir die Partnerschaft gezielt in allen Politikbereichen verankern. Denn persönliches Kennen ist unabdingbare Voraussetzung für einen intensiven Austausch und die Grundlage für eine funktionierende Partnerschaft. Ministerpräsident Laschet hat gerade vor wenigen Stunden die ghanaische Botschafterin zum Antrittsbesuch empfangen.

Nordrhein-Westfalen ist von allen Bundesländern dasjenige mit der längsten entwicklungspolitischen Tradition. Nicht nur unsere Auslandsarbeit, sondern auch unsere Aktivitäten in der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit sind dabei ein Markenkern. Um die entwicklungspolitische Inlandsarbeit zielgerichtet weiterzuentwickeln, werden wir in den nächsten Jahren eine Evaluierung vornehmen. Sie soll zum Beispiel dazu beitragen, unnötige Doppelungen mit anderen Akteuren herauszubekommen. Die Mittel für die Evaluierung wollen wir im kommenden Jahr durch Verlagerungen in Höhe von 100.000 € verfügbar machen. Dies ist der einzige Fall, in dem es im Bereich Internationales und Eine Welt im Jahr 2018 zu Verlagerungen kommt.

Zum Schluss noch ein Wort zur Landesvertretung in Brüssel: Sie ist die Plattform, über die Nordrhein-Westfalen die Interessen als größte Region in der EU noch deutlicher artikulieren wird, als das in der Vergangenheit der Fall war. Diese Chance können nicht nur Landtag und Landesregierung nutzen; die Landesvertretung bietet auch Kommunen, Hochschulen oder anderen Interessensgruppen ein Forum, um ihre Bedarfe an die europäische Institution zu adressieren.

2018 werden eine Reihe von Events, Ausstellungen und Aufführungen stattfinden, die die Vielfalt der Kultur des Landes und nordrhein-westfälisches Brauchtum präsentieren werden. Dazu sind Sie herzlich eingeladen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Rüdiger Weiß (SPD) fragt nach den konkreten Zielen der Ruhr-Konferenz. Zudem möchte er wissen, welche Gutachtenbedarfe der Minister mit Blick auf den eingestellten Ansatz sehe. Er möchte den genauen Arbeitsauftrag der einzurichtenden Stabsstelle erfahren.

Johannes Remmel (GRÜNE) erinnert an die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten, in der er die Themen Europa und internationale Beziehungen betont habe. Gleichwohl werde der Haushalt für das Jahr 2017 mehr oder weniger überrollt, obwohl es in anderen Einzelplänen durchaus Aufwüchse gebe. Insofern gebe es ein Missverhältnis zwischen der politischen Ankündigung und der Abbildung im Haushalt.

Er wolle die Ruhr-Konferenz als Instrument keinesfalls infrage stellen, jedoch wissen, in welcher Weise sie wirke und wie ihre Ergebnisse implementiert und koordiniert werden sollten und ob dies zukünftig dieses Ministerium führe, da zumindest bislang die Zuständigkeit für das Ruhrgebiet nicht in diesem Ausschuss liege.

Berivan Aymaz (GRÜNE) führt aus, in Bezug auf die Evaluierung der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit, bei der der Haushalt eine Verschiebung in Höhe von 100.000 € vorsehe, wünsche sie nähere Ausführungen in Bezug auf eine Konkretisierung der Evaluierung, wie sie vonstattengehe und wer sie durchführe. Darüber hinaus bittet sie, alle Entwicklungen in Bezug auf die Evaluierung auch zukünftig dem Ausschuss vorzulegen.

Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBEI) erläutert, bei der Ruhr-Konferenz handele es sich um kein Konzept, das man irgendwann vorlegen und abarbeiten werde, sondern um eine Dachmarke, mit der man in fünf Jahren in besonderer Weise mit allen Kommunen des Ruhrgebietes zusammenarbeiten wolle, mit Forschungseinrichtungen sowie mit der Universitätsallianz. Derzeit führe man Gespräche mit den Oberbürgermeistern, mit Stiftungen und mit allen, die im Ruhrgebiet beteiligt seien, denn es komme nicht so sehr darauf an, was die Landesregierung dem Ruhrgebiet erzähle, sondern darauf zuzuhören, wo bestimmte Handlungen eingeschränkt würden, wo man Dinge fördern oder beschleunigen solle. In der Hauptsache wolle man Energien entfesseln und Störendes beseitigen. Die Ruhr-Konferenz könne also nur erfolgreich sein, wenn sie über die Parteigrenzen hinweg angenommen werde. Sie dürfe keine Farbe haben, sondern ausschließlich der Region dienen.

Die Haushaltsansätze wiesen eher provisorische, denn festschreibende Natur auf, um die Möglichkeit zu schaffen, eventuell Menschen einstellen zu können, denn man wolle nicht, dass sie andere Arbeitgeber wie beispielsweise Stiftungen hätten. Die Verantwortung liege nach wie vor beim Ministerpräsidenten, bei seinem Ministerium und in der Staatskanzlei. Nach seinem Verständnis komme die Zuständigkeit auch in diesen Ausschuss; eine Trennung könne er sich nicht vorstellen. Die Koordination liege also beim Ministerpräsidenten und werde über seine vom Ministerpräsidenten betraute Tätigkeit ausgeführt.

Bei der Bedeutung für Europa handele es sich nicht um eine haushalterische Bedeutung. Vielmehr stellten das Gespräch mit dem Ministerpräsidenten der Niederlande sowie dem Gouverneur von Maastricht den Beginn einer Arbeit dar, die keine Kostenfolgen entwickle, sondern die beide Seiten absolut wollten. Dabei gehe es um den gegenseitigen Besuch von KITAS, die gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen, der Austausch und das Treffen der Parlamentarier. Es gehe also um die Gestaltung des gemeinsamen Alltags, dass man sich gleich mit den Parlamentariern der Beneluxstaaten treffe, dass man über Hemmnisse im Gesundheitswesen nach einem Unfall spreche. Es handele sich um Tagesarbeit, für die man keine höheren Haushaltsposten benötige.

Zur Evaluierung könne er noch nichts sagen, weil man erst mit ihr beginne. Man beginne damit, weil er keine Antwort habe. Man wolle die Evaluierung, um anschließend antworten zu können. Allerdings wisse man zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht, was dabei herauskomme.

LMR Martin Flasche (StK) ergänzt, man müsse Mittel bereitstellen, um nächstes Jahr evaluieren zu können.

Rüdiger Weiß (SPD) möchte wissen, ob man daran denke, das bereits evaluierte Promotorenprogramm erneut auf dem Prüfstand zu stellen. Das Ministerium betone, dass Gutachten unabhängig durchgeführt werden sollten. Dabei handele es sich für ihn an sich um eine Selbstverständlichkeit, sodass sich die Frage ergebe, ob sich für den Minister Anzeichen dafür ergäben, dass Gutachten nicht unabhängig durchgeführt worden seien.

Zum ersten Mal komme nun auch Jordanien vor, allerdings ohne Fördertitel, weshalb er wissen möchte, aus welchem Topf man diese Mittel nehme und wo man streichen wolle.

Sebastian Watermeier (SPD) versteht die Ruhr-Konferenz als ein fortlaufendes Veranstaltungsformat mit wechselnden Teilnehmern, auf dem man verschiedene Sachgebiete zusammenführe. Er frage sich, warum man die Stabsstelle dafür gerade in diesem Hause ansiedele und nicht bei der Ministerin für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen.

Johannes Remmel (GRÜNE) möchte wissen, ob der Minister schon ein Konzept für die Ruhr-Konferenz zur Verfügung stellen könne. Das Instrument als solches bewerte er als positiv, jedoch hänge der Erfolg häufig an der Implementierung in bestehende Strukturen, worum es ihm gehe.

Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBEI) meint, die Zusammenarbeit mit Jordanien laufe bereits sehr erfolgreich, sodass man den Verwaltungsaustausch fortsetzen wolle. Nähere Ausführungen werde später die Fachabteilung geben.

Bei der Ruhr-Konferenz werde es sich in der Tat nicht um ein singuläres Ereignis handeln, sondern sie werde eine Dachmarke für Erfahrungs- und Meinungsaustausch bilden. In Bochum beispielsweise gebe es hervorragende Forschungsstellen, Stiftungen und Unternehmen mit eigenen großen Plänen, die man gemeinsam diskutieren wolle. In insgesamt sieben Bereichen führten Vertreter von Hochschulen, Stiftungen, Unternehmen und sehr vielen Einrichtungen mit den zugeordneten Ministerien darüber Gespräche, wo der Landesgesetzgeber helfen könne, indem er Dinge abbaue oder aber regele, indem er helfe oder dadurch helfe, dass es sich heraushalte.

Das Modell werde der Ministerpräsident vorstellen. Nach dessen Freigabe, die noch nicht vorliege, werde er das Konzept gerne zur Verfügung stellen.

Die Zuständigkeit liege in seinem Ministerium, weil es nicht darum gehe, etwas zu verordnen oder vorzuschreiben, sondern zu koordinieren und zu managen. Insofern ergebe sich die Fachlichkeit nicht aus der Struktur des Ministeriums, sondern durch die Koordination aller, die im Ruhrgebiet auf unterschiedlichste Weise dazu beitragen, im Ruhrgebiet Erfolge zu haben und zu arbeiten.

Johannes Remmel (GRÜNE) möchte wissen, ob man das vom Ministerpräsidenten noch nicht freigegebene Konzept denn noch rechtzeitig für die Haushaltsberatungen bekomme. Zumindest in der Vergangenheit habe man dem Finanzminister erst ein Konzept vorlegen müssen, bevor er Geld im Haushalt bereitgestellt habe.

Er halte es für absolut unwahrscheinlich, dass das Konzept vor Dienstag vorliegen werde, meint **Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBEI)**. Das Gespräch mit dem Ministerpräsidenten finde Anfang kommenden Jahres statt. Aufgrund der Ereignisse in Berlin habe man die Gespräche bislang nicht im gewünschten Maße führen können.

AL Jürgen Hein (StK) ergänzt unter anderem zur Evaluierung des Promotorenprogramms, es gehe darum, ob die angestrebten Ziele erreicht würden. Dabei verfolge man bei den meisten dieser Projekte ein doppeltes Ziel, nämlich zum einen, was es vor Ort, zum anderen aber auch, was es für die in Deutschland einzigartige Landschaft der Zivilgesellschaft bei der Entwicklungszusammenarbeit bewirke.

Man stelle zurzeit erst auf, welche Projekte unter welchen Aspekten evaluiert werden sollten. Dazu gehöre auch die Frage, ob man das erst vor zwei Jahren evaluierte Promotorenprogramm hinzunehme. Für eine entsprechende Rückmeldung auch aus dem Ausschuss sei man dankbar, ob man dafür noch einmal Geld in die Hand nehmen solle, weil man ja bereits relativ genaue Ergebnisse habe. Derzeit könne man jedenfalls noch keine konkreten Vorschläge machen, die zu einem späteren Zeitpunkt kämen.

Beim Stichwort Jordanien gehe es um die Befürchtung, ob man jemandem etwas wegnehme. Allerdings gehe es hier nicht um eine auf Dauer angelegte Förderung, sondern um Projektförderung, die beispielsweise über die GIZ oder andere abgewickelt würden. Darin liege kein Konkurrenzverhältnis, sondern man könne die Schwerpunkte bei der Erarbeitung der Projekte jeweils neu setzen. Bei Jordanien werde diesbezüglich dann eben mehr passieren.